



INSEKTEN ESSEN PREDIGEN UND SELBST FESTLICH TAFELN

Doppelte Moral: Die Grünen sind gut genährt

Von CHEVROLET* | Die Grünen – wofür stehen sie eigentlich? Eine extremistische Sekte, die Klimaschutz zur neuen Religion erhebt, nur weil ein behindertes Kind aus Schweden behauptet, unsichtbares Gas sehen zu können, weil Schüler auf die Straße gehen, angelockt von Freistunden, und mit der Senkung des Wahlalters schon bald Strampelkinder und Personen, die nicht einmal einen Vertrag selbst abschließen dürfen, wählen können, die Hand geführt durch links-grün orientiertes Pflegepersonal.

Wer grün wählt, darf fest damit rechnen, dass ihm buchstäblich das Fell über die Ohren gezogen wird, den Autoschlüssel für den Diesel und bald den Benziner kann er gleich in den Gully werfen, Verbote hier, Verbote da, anderes fällt einer kleinkarierten und kleingeistigen Verbotspartei nicht ein. Und wenn man sich die Grünen anschaut, fragt man sich, ob die Menschen aus der Partei der Kinderschänder und Drogenkonsumenten jemals gelacht haben. Welch traurige Kindheit muss ein Gretchen Thunfisch gehabt haben, wenn sie jetzt schon so schaut. Durfte sie jemals lachen?

Ach ja, neben der Deindustrialisierung Deutschlands soll es ja auch die Zwangsveganisierung geben. Was 2013 mit der Forderung

nach einem Veggie-Day begann, den aber keiner wollte, geht man in den vernebelten Hirnwindungen der grünen Ökofaschisten jetzt zum Generalangriff über. Fleischesser sind schlimmer als der IS. Rauchen kein Problem (den Feinstaub vergessen wir mal), aber Fleisch essen ist böse, böse, böse. Der Schlimmste ist ein Fleisch essender und rauchender und vor allem arbeitender SUV-Fahrer, der nicht brav im ultrateuren Bioladen kauft, wo er sonst die Leute vom Stuhlkreis anzutreffen hat.

Ein Drittel der konsumbedingten Umweltbelastungen geht auf das Konto unseres Essens, behaupten mit treuen Augenaufschlag Habeck und seine Spinnerprediger. Da stellt sich die Frage, wie es denn die Grün*innen (wie konnte ich die neue Schreibweise vergessen) es selbst mit der gesunden Ernährung halten.

Folgen sie dem eigenen Gebrabbel, müssten alle Grün*innen ja schlank und rank sein, so schlank, dass man sie in der Biologie-Sammlung des nächsten Schulzentrums ausstellen kann, weil an ihnen das menschliche Skelett erläutert werden kann.

Dem Thema ist der Schweizer Blog kleidungsstil.ch nachgegangen, also ob nicht vielleicht Wasser gepredigt und Wein gesoffen, oder hier Insekten essen gepredigt und munter Zigeunerschnitzel mit Pommes und Mayo vertilgt wird. Denn Geld hat man als Grüner ja ohne Ende.

Fangen wir mit Chiara Tummeley an. Nie gehört? Kein Fehler, eine völlig unbedeutende Überzeugungstäterin. Kleidungsstil.ch schreibt: Die Grüne Jugend hat eine „Politische Bundesgeschäftsführerin“, Chiara Tummeley, die mit erst 21 Jahren schon massivstes Übergewicht angesammelt hat.

Irgendwie fällt es schwer zu glauben, dass Chiara Tummeley sich überwiegend von Obst und Gemüse und nicht umweltschädlichem Fleisch, das viel mehr CO2-Ausstoß und Ressourcenverschwendung verursacht, ernährt.“ Fortan darf sich auch auf die ebenso schmackhafte wie kalorienreiche

Küche in Belgien, Luxemburg und im Elsass freuen, denn jetzt sitzt sie breitbeinig im Europaparlament.

Schwer zu glauben ist auch Veggie-Genuss bei der grünen Bremer Senatorin Anja Stahmann. Die Grünen-Politikerin Ricarda Lang behauptet, dass Aussehen, Übergewicht, nichts mit politischen Aussagen zu tun hat: So schreibt der Müncher Merkur über sie: „Grünen-Politikerin betont: Aussehen hat nichts mit politischen Aussagen zu tun“.

Das ist natürlich absoluter Quatsch. Selbstverständlich hat es spätestens dann etwas mit politischen Aussagen zu tun, wenn die gleichen Politiker, die sich augenscheinlich mit ungesunden Lebensmitteln voll-fressen und diese konsumieren bis es kracht, gesunde Lebensmittel fordern und Maßhalten beim Konsum.

Natürlich hat dann das persönliche Aussehen etwas mit politischen Aussagen zu tun. Und zwar extrem viel sogar. Oder im Klartext: Man kann nicht als Politikerin einerseits dem Volk vorschreiben, wie es sich ernähren soll, vom Volk fordern, es soll Verzicht üben, sich biologisch und gesund ernähren und Konsumverzicht üben, Rücksicht auf die Natur nehmen usw. usf. und dann sich selbst konsumexzessiv vollstopfen. Denn wer so aussieht, der KANN sich nicht gesund und umweltbewusst ernähren; dazu muss man kein Arzt sein, um das zu erkennen.

Weiteres Beispiel ist Katharina Fegebank, Aushängeschild der Hamburger Grünen. 2010 bereits stark übergewichtig. Auch Anton Hofreiter, das ist der mit den roten Bäckchen im Bundestag, wenn er vor Verärgerung wie ein Pferd schnaubt, einer der exponiertesten deutschen Grünen, sieht nicht gerade so aus, als würde er viel von ökologischer, gesunder grüner Ernährung halten. Aber solche Leute wollen per Gesetzen den Leuten vorschreiben, wie sie sich ernähren müssen / sollen?

Und ebenso Reinhard Bütikofer, der Grünen-Chef im

Europaparlament der EU, sieht so aufgequollen aus, dass man nicht glauben und annehmen kann, dass er sich grün ernährt. Eher sieht es nach Völlerei und Schwelgerei anstatt nach Konsumverzicht aus. Und sicher nicht nach viel Obst und Gemüse. Auch Bundestagsvizepräsidentin Claudia „Fatima“ Roth könnte viel zur Minderung ihres eigenen CO2-Ausstoßes beitragen, würde sie sich maßvoller und biologischer ernähren.

Also: Wasser predigen, Wein saufen. So läuft das bei den Klimaträumern. Bleibt noch der heilige Robert Habeck, der vielleicht nicht permanent so nobel tafelt. Aber er fliegt halt gerne, auch wenn er das Gegenteil behauptet. Als Passagiere ihn auf einen Inlandsflug von Stuttgart nach Hamburg erkannten und fotografierten, guckte er verschämt zu Boden, als wolle er sagen: „Ja, Ihr habt mich erwischt“.

**In eigener Sache: Der Autor dieses Artikels legt Wert auf die Feststellung, dass er Menschen nicht nach ihrem Aussehen oder ihrer Ernährung bewertet. Der Autor selbst und seine Lebensgefährtin sind bekennende Fleischesser und übergewichtig. Bei dem Artikel geht es lediglich darum, die bigotte Moral der Verbotspartei „Die Grünen“ aufzuzeigen.*



Video: 185. Pegida aus Dresden am 17. Juni 2019

Die 185. Pegida-Kundgebung fällt heute auf den 17. Juni – dem früheren Nationalfeiertag der Deutschen. Für diesen besonderen Tag hat sich das Pegida-Team auch besondere Gäste eingeladen: Den Chef des COMPACT-Magazins, Jürgen Elsässer, aus Cottbus Christoph Berndt von Zukunft Heimat und Maximilian von der Identitären Bewegung. Wir wünschen viel Spaß beim Zuschauen!



Allen PI-NEWS-Lesern einen frohen 17. Juni!

???? #BPE – #TagDerPatrioten in #München – Von und mit #Michael_Stürzenberger????#Widerstand#Esreicht#Rücktrittsofort#Remigration#Grenzendicht#Asylbetrug#Merkelmussweg#Chiquita#NoIslam#FestungEuropa

Posted by [EWO – Europäischer Widerstand Online](#) on Monday, June 17, 2019

Von ROLAND | Der 17. Juni ist ein Tag der deutschen Einheit, ein Tag der deutschen Freiheit, ein Tag der Patrioten – jeder

hat seine eigene Sichtweise auf diesen besonderen Tag. Allen diesen Sichtweisen gemeinsam ist: Der 17. Juni wirkt als Vorbild für Freiheitswillen, Tapferkeit und das Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold. Und er ist ein Tag der Zuversicht!

Jeder hat seine eigene Meinung zum 17. Juni, jeder hat seine eigene Weise, diesen Tag zu feiern. Genau darin liegt die Faszination dieses Tages: in der Vielschichtigkeit seiner politischen Deutung. Ist der 17. Juni tatsächlich nur ein Tag der deutschen Einheit, wie er in der alten Bundesrepublik gefeiert wurde? Ist er nicht mehr noch ein Tag der deutschen Freiheit, wirkt er als Tag der deutschen Freiheit nicht über die kurze Zeit der Teilung und die Wiedervereinigung hinaus? Und ist mit Freiheit im Sinn des 17. Juni tatsächlich nur die Freiheit vom Sozialismus gemeint, oder geht es am 17. Juni nicht allgemein um die Freiheit von jeglicher Diktatur, sei sie rot, braun, grün oder bunt? Ist der 17. Juni vielleicht sogar ein Tag, in dem all diese Sichtweisen zusammenfließen, ein patriotischer, freiheitlicher Tag der deutschen Nation in Schwarz-Rot-Gold, der uns wie kein anderer Tag im derzeitigen politischen Kalenderjahr an die über 200 Jahre alte Botschaft unserer Nationalfahne erinnert: aus der schwarzen Finsternis der Diktatur durch blutig-rote Kämpfe zum goldenen Licht der Freiheit?

Der 17. Juni steht also für sehr viel mehr als nur einen Aufstand gegen die SED („Die Linke“) im Jahr 1953. Der 17. Juni ist vielmehr selbst nur ein Teil einer viel längeren und älteren Geschichte: der Geschichte des Ringens der Deutschen um die Freiheit. Dieses Ringen um Freiheit ist auch heute wieder aktuell: An der Schwelle zur Ökodiktatur, eingezwängt in die „Herrschaft des Unrechts“ und den gleichgeschalteten Meinungsterror der totalen „Bunten Republik“, haben die Deutschen bereits heute wieder viel von ihrer einstigen Freiheit, wie wir sie in der Bundesrepublik früher noch kannten, verloren.

Der Aufstand des 17. Juni wurde von der SED („Die Linke“)

brutal niedergeschlagen. Aber 36 Jahre später jagten die Leipziger Demonstranten die SED („Die Linke“) vom Hof. Es hat 36 Jahre gedauert, 36 lange Jahre, in denen viele die Hoffnung schon aufgegeben hatten. Doch am Ende hat der 17. Juni gesiegt.

Auch das gehört zur Geschichte des 17. Juni: Niemals die Hoffnung aufgeben, und wenn man zu Boden geht, den Staub abwischen und aufstehen.

In diesem Sinne: Allen Lesern eine frohen 17. Juni 2019!



Kalbitz: Geist der Freiheit lässt sich nicht dauerhaft unterdrücken

Von ANDREAS KALBITZ | Es ist der Geist der Freiheit, der die Bürger am 17. Juni 1953 in der DDR auf die Barrikaden getrieben hat. Das ist der gleiche Freiheitsdrang, der dann 1989 das SED-Regime endgültig zu Fall brachte. Heute, 30 Jahre später, kämpfen wir wieder für mehr Freiheit: mehr Meinungsfreiheit, die Freiheit des Rechtsstaats, die Freiheit, die uns Eigentum gibt. Um nur drei Beispiele zu nennen.

Gerade die Deutschen im Osten lassen sich ihre Freiheitsrechte nicht mehr so schnell nehmen. Ihnen steckt noch die Erfahrung

der DDR in den Knochen. Wofür sind sie 1989 auf die Straßen gegangen? Um sich heute wieder vorschreiben lassen zu müssen, was sie sagen, denken, lesen dürfen? Um sich heute als Nazis beschimpfen lassen zu müssen, nur weil sie die Masseneinwanderung und deren desaströse Folgen kritisieren? Nein! Das lassen sie sich nicht gefallen.

Der Geist der Freiheit lässt sich nicht dauerhaft unterdrücken. Früher oder später bricht er sich seine Bahn. Die AfD ist ein solches Freiheitsprojekt, das gegen die Unfreiheit der angeblich alternativlosen Entscheidungen von Angela Merkel & Co. seit Jahren erfolgreich demokratisch vorgeht. Unsere AfD ist eine freiheitliche Bürgerbewegung, die in der Tradition des 17. Juni 1953 und des 9. November 1989 steht.

(Pressemitteilung von Andreas Kalbitz, Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der Brandenburger AfD. Im Jahr 2017 wurde Andreas Kalbitz in den Bundesvorstand der Alternative für Deutschland gewählt. Lesen Sie [hier das PP-Interview](#) mit Andreas Kalbitz zum 17. Juni)

PI-NEWS-Artikel zum Thema:

- » Tag der Deutschen – [Mein 17. Juni 2019](#)
- » [Frei nehmen](#) am 17. Juni!
- » Verschläft die [AfD den 17. Juni?](#)
- » [17. Juni: Zeichen setzen](#) gegen Neosozialismus & Ökokommunismus
- » Der 17. Juni gehört [uns allen](#)

In Erinnerung an den 17. Juni finden heute folgende zwei Veranstaltungen in Dresden (mit Livestream) und München statt:





Roland Hartwig: „Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?“

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Roland Hartwig (AfD) ist vom Fach: Schon als ehemaliger Chefjustiziar der Bayer AG in Leverkusen hatte er es mit den hochsensiblen, juristischen Feinjustierungen an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Standortpolitik und Parteiendemokratie zu tun. Es lag also nahe, daß ihn der AfD-Bundesvorstand zum Vorsitzenden einer Arbeitsgruppe ernannte, die sich mit der angedrohten Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz beschäftigen sollte.

Zur Erinnerung: Der Verfassungsschutz hat ein Bundesamt und sechzehn Landesämter, und er ist damit beauftragt, Bestrebungen zur Abschaffung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung früh zu erkennen, zu beobachten und unterbinden zu helfen. Das bedeutet eigentlich: Beobachtet zu werden ist noch keinerlei Urteil darüber, ob sich ein Verdacht erhärtet hat und ob von der beobachteten Gruppierung tatsächlich Gefahr für die Grundordnung Deutschlands ausgehe.

Kurzum: Wer beobachtet wird, sollte mit Hinweis auf verdächtige Äußerungen oder Kooperationen über diese Beobachtung in Kenntnis gesetzt werden, verbunden mit der

Aufforderung, diese oder jene Äußerung, Tätigkeit oder Organisationsstruktur am besten nicht weiter zu betreiben. Nach solchen Warnungen könnte als nächster Schritt die öffentliche Warnung erfolgen, mit konkreten, belastbaren Hinweisen auf das Gefahrenpotential.

Gegenüber der AfD hat sich der Verfassungsschutz nun völlig anders verhalten: Er hat gegen die Partei nichts, aber auch gar nichts in der Hand – keine systemumstürzlichen Äußerungen, keine Aufrufe zur Gewalt, keine Gründungen systemgefährdender Gruppierungen. Und weil das so ist, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Sonderkategorie geschaffen: den Prüffall.

Nachdem der langjährige Präsident des Bundesamtes aus dem Amt gehebelt worden war, präsentierte der neue Chef nach nur wenigen Wochen einen sechshundert-seitigen Bericht, der begründen sollte, warum man die Verfassungstreue der AfD nun prüfen müsse. Diese Prüfung ist als reine Ankündigung einer Lektüre öffentlich zugänglicher Quellen noch weit vor dem sogenannten Verdachtsfall angesiedelt: Erst dieser Verdachtsfall erlaubt (sehr eingeschränkt) nachrichtendienstliche Mittel.

Die AfD hat sofort gegen den veröffentlichten Prüffall Klage erhoben – und Recht bekommen. Jedoch: Die Sache war da bereits seit Wochen in allen Medien immer und immer wieder gebracht worden, und zwar unter dem Motto: Der Verfassungsschutz beschäftigt sich nun also endlich mit der AfD.

Genau diesem Thema widmete sich Dr. Hartwig nun in einem Vortrag, den er vor dem (unter anderem von Götz Kubitschek gegründeten) „Institut für Staatspolitik“ hielt. Er widmete sich also einem zentralen Problem der Parteiendemokratie, das durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und seine Landesämter auf besonders heiklem Feld erst entstehen konnte: der behördlichen Behinderung von Opposition.

Der Verfassungsschutz ist dabei nur die Spitze des Eisbergs, bietet aber den Vorteil einer so deutlichen Sichtbarkeit der Parteilichkeit, daß sie selbst von politisch blinden Zeitgenossen kaum wegdiskutiert werden kann. Hartwig zeigt, daß der Verfassungsschutz zu einer Gefahr für die Demokratie geworden ist: Denn er läßt sich von den gegenwärtig Regierenden politisch instrumentalisieren.

Hartwig fordert in seinem Vortrag daher, den Verfassungsschutz auf den Prüfstand zu stellen und ihn, so keine Besserung möglich und die Verfassungsverstöße der Behördenleitung nicht abzustellen seien, abzuschaffen.

Eine Textversion des Vortrags [findet sich hier](#).

Die Woche COMPACT: Genug GEZahlt – Kirche gegen AfD

Immer mehr Deutsche sind es leid, für die Propaganda gegen sie auch noch zu bezahlen. Denn genau so empfinden viele Bürger die Zwangsgebühr für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. In Baden-Württemberg könnte damit vielleicht schon bald Schluss sein. Weshalb, erfahren Sie in dieser Ausgabe von „Die Woche COMPACT“. Das sind die weiteren Themen der von Claudia Nolte moderierten Sendung: Klatsche für R2G – Berliner Mietenvolksbegehren übergibt Unterschriften / Kuschen vor der Antifa – Wie Berlin den linksradikalen Gewalt gehorcht / Unheilige Allianz – Die Kirche und die Macht.



Massenschlägerei in Zwickau: Syrrer greifen Deutsche an

„Meine Mitarbeiter waren verstört angesichts der gewaltigen Brutalität“, sagte Restaurantbetreiber Marcus Klink (39) zu BILD. Sonntagmorgen gegen 2.50 Uhr eskalierte ein Streit zwischen Ausländern und Deutschen. „Es gab zunächst eine verbale Auseinandersetzung, woraufhin die Ausländer, überwiegend Syrrer, die Deutschen attackierten“, erklärte ein Polizeisprecher.

Marcus Klink, der in der Region fünf McDonalds-Restaurants betreibt: „Meine Mitarbeiter sahen, wie sich ein Deutscher und ein Ausländer zunächst im Restaurant gestritten haben.“ Dann sei es plötzlich zu Handgreiflichkeiten zwischen beiden gekommen.

Die Schlägerei verlagerte sich nach Zeugenberichten nach draußen. Dabei ging noch die Scheibe der Eingangstür zu Bruch. Insgesamt sollen bis zu 20 Personen an der Schlägerei beteiligt gewesen sein, einige von ihnen seien noch vor Eintreffen der Polizei getürmt.

Laut Polizei habe es „nur“ elf Beteiligte gegeben, vier Syrrer seien vorläufig festgenommen worden, würden derzeit noch verhört. Waffen kamen ersten Informationen zufolge nicht zum Einsatz. Bei den Schwerverletzten handelt es sich um einen

deutschen und einen syrischen Mann. (*Artikel übernommen von [BILD-ONLINE](#)*).

Essen – Erftstadt: Zwei betrunkene Männer forderten gestern (12. Juni) einen 17-Jährigen zum Kampf auf. Weil dieser sich weigerte, sollen die Männer zwei Flaschen nach dem Jugendlichen geworfen und auf ihn eingeschlagen haben. Bundespolizisten konnten die Tatverdächtigen festnehmen. Gegen 01:30 Uhr (12. Juni) bekam die Bundespolizei Kenntnis über eine Körperverletzung im Bereich der Busbahnsteige am Essener Hauptbahnhof. Vor Ort informierten Zeugen die Einsatzkräfte über zwei Männer, die mit einem 17-jährigen Essener in Streit geraten waren. Weil dieser sich nicht auf die Provokationen und der Aufforderung zum Kampf einließ, sollen sie erst ihre Bierflaschen nach ihm geworfen und anschließend gemeinschaftlich auf ihn eingeschlagen haben. Durch den Angriff erlitt der Essener Verletzungen im Gesicht und eine Schwellung an der Hand. Die beiden Tatverdächtigen, [zwei 21- und 24-jährige afghanische Staatsangehörige](#) aus Essen und Erftstadt, konnten noch im Bahnhofsbereich vorläufig festgenommen werden. Ein Atemalkoholtest ergab, dass beide Männer mit 1,4 Promille nicht unerheblich alkoholisiert waren. Gegen die beide Tatverdächtige wurde ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Der Vater des 17-jährigen Opfers holte seinen Sohn von der Bundespolizeiwache ab, um mit ihm in eine Klinik zu fahren.

Hamburg: Die Polizei fahndet nach einem bislang unbekanntem Mann, der im Verdacht steht, am frühen Pfingstmontag gemeinsam mit zwei weiteren Männern (22/25) zwei Personen mit Flaschen verletzt zu haben. Das für die Region Mitte I zuständige Landeskriminalamt (LKA 114) hat die Ermittlungen übernommen. Nach bisherigem Stand der Ermittlungen saßen zwei Männer (23 / 25) und zwei Frauen (18 / 19) auf der Bordsteinkante in der Nähe ihres Pkw. Aus Richtung Hauptbahnhof kamen währenddessen drei Männer (22/ 25)/ unbekannt) auf die Personengruppe zu und begannen sogleich,

diese zu beleidigen. Als der 23-Jährige aus der Gruppe versuchte, die drei Männer zu beruhigen, wurde er sofort vom [25-jährigen Marokkaner](#) mit einer mitgebrachten Flasche auf den Kopf geschlagen. Als der 23-Jährige auf Grund des Schlages fiel, traten alle drei Männer auf den am Boden liegenden Mann ein. Durch Hilferufe wurden zwei weitere Männer (beide 28) auf die Situation aufmerksam und eilten dem 23-Jährigen zu Hilfe. Einer der 28-Jährigen versuchte einen Elektroschocker gegen die Angreifer einzusetzen. Der 22-jährige Angreifer, ein Algerier, nahm daraufhin eine Flasche, zerschlug sie auf dem Boden und verletzte den 28-Jährigen an der Hand. Weiterhin gab es ein Gerangel, bei dem der 25-jährige Marokkaner zu Boden ging, beim Sturz gegen einen Poller stieß und bewusstlos liegen blieb. Er zog sich beim Sturz eine Kopfplatzwunde zu. Die alarmierten Polizeikräfte konnten den 22- und den 25 Jährigen vorläufig festnehmen. Beide wurden später der Untersuchungshaftanstalt Hamburg zugeführt. Der dritte Angreifer konnte unerkannt flüchten. Der Mann kann wie folgt beschrieben werden: – 170 – 175 cm groß – „nordafrikanische Erscheinung“ – kräftige Figur – dunkle, zurückgegelte Haare.

Stuttgart: Ein Unbekannter hat am Sonntagmorgen (09.06.2019) gegen 05:55 Uhr eine vierköpfige Personengruppe am Stuttgarter Hauptbahnhof mit Pfefferspray angegriffen und zudem einen 18-jährigen Mann verletzt. Ersten Erkenntnissen zufolge befanden sich die Reisenden im Alter von 18 bis 22 Jahren im S-Bahnbereich des Hauptbahnhofs, als sie ein unbekannter Mann offenbar unvermittelt mit Pfefferspray besprühte. Im weiteren Verlauf soll der mutmaßliche Täter noch einen 18-Jährigen aus der Gruppe mit dem Ellenbogen ins Gesicht geschlagen haben. Die Personen erlitten durch den Vorfall leichte Reizungen der Augen, welche durch alarmierte Rettungskräfte vor Ort behandelt wurden. Der 18-jährige Mann trug durch den Schlag eine blutende Lippe sowie ein Hämatom an der Nase davon und wurde vorsorglich in ein Krankenhaus verbracht. Nach Zeugenangaben flüchtete der Unbekannte nach der Tat mit einer eingefahrenen S-Bahn der Linie S1 in Richtung Stuttgart-Bad

Cannstatt. Er wird als 20-26 Jahre alt, etwa 180cm groß, mit kurz rasierten Haaren und [afroamerikanischen Phänotyp](#) beschrieben. Der Mann soll zudem zwei auffällige Narben an der Stirn und im Bereich des Kiefers haben. Er trug zum Tatzeitpunkt eine Jogginghose mit Baseball-Logo, ein rotes Oberteil sowie eine schwarze Bauchtasche. Die Hintergründe der Tat sind derzeit noch unklar und Gegenstand der Ermittlungen.

Karlsruhe: Nach den bisherigen Erkenntnissen befanden sich kurz vor 02:00 Uhr alle Beteiligten innerhalb des in der Blumenstraße gelegenen Nachtclubs. Offenbar aus nichtigem Grund griff plötzlich einer der siebenköpfigen Gruppe den Geschädigten an und versetzte ihm einen Schlag und einen Tritt. Im weiteren Verlauf verlagerte sich der Kampf dann auf die Straße, wo mutmaßlich alle sieben Personen den 19-Jährigen mit Schlägen und Tritten traktierten. Kurz vor dem Eintreffen der alarmierten Polizei flüchtete die Personengruppe in Richtung Europaplatz. Anhand der bisherigen Angaben waren die Täter zwischen 17 und 19 Jahren alt und hatten ein [südländisches Erscheinungsbild](#). Zudem waren sie überwiegend schwarz gekleidet. Der Haupttäter wird als 175 – 180 cm groß, mit dunklen Haaren und einer Zahnsperre beschrieben. Er war komplett schwarz gekleidet.

Hamburg: Am 11. Juni 2019 gegen 08:30 Uhr randalierte ein [19-jähriger Somalier](#) in der S-Bahn der Linie S21 (Bergedorf – Hauptbahnhof). Als ihn ein Reisender daraufhin ansprach, griff er diesen mit einer Flasche an. Bundespolizisten konnten den Mann am S-Bahnhof Tiefstack festnehmen. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen bestieg der Tatverdächtige die S-Bahn im S-Bahnhaltepunkt Allermöhe. Er setzte sich zu dem 25-jährigen Geschädigten und trank dabei Bier. Kurz darauf schüttelte er die Flasche und spritzte mit dem Bier herum. Hierbei traf er auch den Geschädigten. Als dieser ihn zur Rede stellen wollte, nahm der Tatverdächtige die Glasflasche und wollte damit auf den 25-Jährigen einschlagen. Mitreisende verhinderten dies, indem sie den Mann festhielten. Anschließend informierten sie

über den Notruf den Triebfahrzeugführer. Dieser hielt die Bahn im Bahnhof Tiefstack an. Bundespolizisten konnten alle Beteiligten am S-Bahnhof Tiefstack feststellen. Da sich der Tatverdächtige weiterhin aggressiv verhielt, musste er gefesselt werden. Der alkoholisierte Mann (Atemalkohol 2,17 Promille) wurde in Gewahrsam genommen und dem Bundespolizeirevier Hamburg Hbf zugeführt.

Weitere Meldungen aus der Bunten Republik:

Libanese tötet 37-Jährige

Hamburg: Das Problem für die Beamten: Die Personen, die bei der aus dem Ruder gelaufenen Feier anwesend waren, zeigten sich extrem unkooperativ oder wussten nicht, was geschehen war. Im Verlauf des Mittwochs stellte sich jedoch heraus, dass in der Kneipe jemand getötet wurde. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen befand sich der aus dem Libanon stammende Tatverdächtige mit dem späteren Opfer alleine in einer Gaststätte. Nach einem Streit kam es einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen beiden, in deren Verlauf die 36-Jährige durch Gewalteinwirkung verstarb. Aus Angst vor Entdeckung soll der Mann den Leichnam vom Tatort weggeschafft haben (Auszug aus einem Artikel von [Bild-online](#)).

Türke kassiert in Österreich Sozialhilfe, obwohl er in der Türkei lebt

Der fremdenpolizeilichen Erhebungs- und Einsatzgruppe ist es gelungen, einen Fall von Sozialleistungsbetrug aufzudecken. Es handelt sich um die unrechtmäßige Beziehung von monetären Sozialleistungen durch einen [türkischen Staatsbürger](#), der Schaden beträgt ca. 17.000 Euro. Die Ermittlungen zu diesem Fall begannen aufgrund einer Überprüfung wegen des Verdachtes einer Scheinmeldung durch den Erhebungsdienst des AMS. Im Zuge der Erhebungen konnte der Reisepass des türkischen Notstandshilfebeziehers in Augenschein genommen werden. Hier stellten die Beamten fest, dass sich der Betroffene

nachweislich 12 Monate in den überprüften 15 Monaten in der Türkei aufgehalten hat. Er kam nachweislich lediglich für Behördenwege sowie für die Verlängerungsanträgen auf Notstandshilfe nach Wien. Nach Vorlage der Beweise zeigte sich der Beschuldigte bei der Vernehmung geständig und gab an, dass er seinen eigenen Lebensunterhalt und den seiner Familie in der Türkei über die österreichischen Sozialgelder finanziert. Weder er noch seine Familie würden einer Arbeit nachgehen. Er habe die Auslandsaufenthalte nicht dem AMS gemeldet, da es sonst zu einer Einstellung der Leistungen gekommen wäre. Durch ihn wurden gesamt 17.000 Euro zu Unrecht bezogen. Mittlerweile hat er einen Pensionsantrag in Österreich gestellt. Die Anzeige erfolgte auf freiem Fuße. Nach der Gründung des Projektes „Task Force Sozialleistungsbetrug“ (TF SOLBE), angesiedelt im BMI, wurde die Fremdenpolizeiliche Erhebungs- und Einsatzgruppe mit der Bearbeitung von Sozialleistungsbetrugsfällen im fremdenpolizeilichen Bereich beauftragt.

Schüsse aus türkischem Hochzeitskorso

Crailsheim/München: Aus einem [türkischen Hochzeitskorso](#) heraus wurden am Samstagnachmittag gegen 15.10 Uhr mehrere Schüsse abgefeuert. Die Hochzeitgesellschaft war mit mehreren Fahrzeugen in der Schönebürgstraße unterwegs. Eine Polizeistreife konnte noch einen Teil des Korsos antreffen, mehrere Fahrzeuge anhalten und kontrollieren. Hierbei konnten in einem Fahrzeug eine Schreckschußwaffe, zwei abgefeuerte Platzpatronenhülsen und mehrere Platzpatronen aufgefunden und sichergestellt werden. Geschossen haben wollte von den Insassen dann doch niemand. Die Polizei in Crailsheim, Tel. 07951/ 4800, sucht nun Zeugen, die Angaben dazu machen können, aus welchem Fahrzeug heraus geschossen wurde. Verletzt wurde niemand. Zu größeren Verkehrsbehinderungen kam es im Zusammenhang mit dem Korso ebenfalls nicht. In München legte vergangenes Wochenende ein mit Türkei-Fahnen beflaggter Hochzeitskorso Teile der Innenstadt lahm, berichtet mehr Infos

bei [Bild.de](#)

Fachkräfte schlagen Polizisten

Neumünster: Heute Morgen gegen 00.45 Uhr wurden Bundespolizisten von zwei Bahnmitarbeitern auf drei Männer aufmerksam gemacht, die eine Person mit einem Messer attackieren sollen. Die Beamten konnten auch drei Männer feststellen, die aber sofort flüchteten. Sie konnten gestellt werden und fingen sofort an, die Bundespolizisten ins Gesicht zu treten und zu schlagen. Sie leisteten Widerstand und beleidigten die Beamten, sodass Pfefferspray eingesetzt und eine Person gefesselt wurde. Ein Messer wurde nicht gefunden. Nach Anzeigenaufnahme wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung, Körperverletzung wurden die [beiden Eritreer](#) und ein Dominikaner vom Bahnhof verwiesen. Kurze Zeit später bemerkten Zeugen, dass sich drei Männer an einem Dienstfahrzeug der Bundespolizei zu schaffen machten. Die eingesetzten Beamten konnten die gleichen Männer feststellen, und wieder kam es zu Angriffen und Beleidigungen gegen die Bundespolizisten. Drei Streifen des 1. Polizeireviers unterstützten die polizeilichen Maßnahmen. Der 18-jährige Dominikaner wurde ins Polizeigewahrsam verbracht. Ein Bundespolizist wurde leicht verletzt, blieb aber dienstfähig. Durch die Beschädigung am Einsatzfahrzeug (Delle) steht nun eine weitere Strafanzeige wegen Sachbeschädigung im Raum.

Afghane macht Feuerchen im Asylantenheim

Ellwangen: Das Feuer war am Samstag, 8. Juni, früh morgens in einem Gebäude in der Aalener Straße ausgebrochen, in dem Asylbewerber und Wohnsitzlose untergebracht waren. Die Kriminalpolizei hatte Spuren gesichert und ermittelt. Staatsanwaltschaft und Polizei gehen nunmehr davon aus, dass das Feuer vorsätzlich gelegt wurde. In dringendem Tatverdacht steht ein [21 Jahre alter Afghane](#), der das Feuer in seinem Zimmer gelegt haben soll. Der Asylbewerber, der sich bei

Eintreffen der Rettungskräfte nicht mehr vor Ort befand und zunächst unbekanntes Aufenthaltsort war, wurde schließlich am Mittwoch in Ellwangen festgenommen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde er am Donnerstagvormittag dem Haftrichter vorgeführt und in Untersuchungshaft gebracht.



„Fridays for Future“ in Darmstadt: Linksextremisten attackieren AfDler

Von EUGEN PRINZ | Der 21-jährige Informatiker Sascha Loppnow, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Darmstadt-Dieburg, schaffte es am 4. Juni [in die Tagesschau](#), als er während der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ im Bundestag einer Horde von Greta-Jüngern ein Transparent mit der Aufschrift „Eure Klimapolitik = Katastrophe“ entriss, mit dem diese verbotswidrig von der Bundesregierung Maßnahmen zur Verbesserung des Wetters eingefordert hatten. Schmunzelnd erzählte Loppnow im Gespräch mit dem Autor, dass er nach der Aktion ziemlich ratlos mit dem Transparent am Saaleingang gestanden war und darüber nachdachte, was er jetzt damit machen soll. Ein mitfühlender Saaldiener entsorgte es schließlich für ihn.

Inzwischen hat Sascha Loppnow erneut gegen den Klimawahn der

Pubertierenden mobil gemacht, als am 14. Juni im hessischen Darmstadt die Akolythen der Seherin Greta Thunberg dem Gott der Erderwärmung das freitägliche Schulofer darbrachten.

Zwei Klimarealisten mischen sich unter die Schulschwänzer

Zusammen mit einem Mitstreiter mischte er sich mit einem AfD-T-Shirt bekleidet unter die Schulschwänzer. Er wollte damit nicht provozieren, wie er gegenüber PI-NEWS versicherte, sondern mit den Schülern ins Gespräch kommen. Das wollten jedoch die linken Extremisten, die die „Fridays for Future“-Bewegung [längst infiltriert haben](#), nicht. Deshalb wurden die beiden Klimarealisten von ihnen bedroht, geschubst, gestoßen, am Weitergehen gehindert und abgedrängt. Sascha Loppnow hat mit seinem Mobiltelefon die Vorgänge aufgezeichnet (Video oben). Aus der Aufnahme geht klar hervor, von wem die Gewalt ausgeht.

Wie der junge Informatiker gegenüber PI-NEWS ausdrücklich betont, hat er auf jegliche Gegenwehr verzichtet, um nicht von der Opfer- in die Täterrolle gedrängt zu werden. Im weiteren Verlauf der Demonstration gelang es den Extremisten, die Polizei mit der frei erfundenen Behauptung, die beiden Klimarealisten wären gewalttätig geworden, für sich zu instrumentalisieren. Sascha Loppnow und sein Mitstreiter wurden auf polizeiliche Anordnung vom Demonstrationszug ausgeschlossen. Wie in der [Pressemitteilung](#) des Schulschwänzer-Ortsverbandes Darmstadt nachzulesen ist, hätte man Andersdenkende gerne von vorneherein ausgeschlossen und war unzufrieden mit der Polizei, weil sie nicht eher gehandelt hat.

Sein Ziel hat Sascha Loppnow erreicht. Er hat den Schülern die Augen geöffnet, wer sich da bei ihnen einschleicht. Seinen Angaben zufolge haben viele der „normalen“ Demonstranten das Verhalten der linken Extremisten als abstoßend empfunden.

Das Klima macht Schulferien

Wie uns Sascha Loppnow noch mitteilte, macht die Darmstädter „Fridays for Future“ – Bewegung in Kürze zwei Monate Sommerpause. Das wird wohl überall so gehandhabt werden. Das Klima geht also in die Schulferien. Ja, es ist eben ein Unterschied, ob für das jeden Freitag stattfindende gesellige Beisammensein auf der Straße der Unterricht ausfällt oder der Besuch im Schwimmbad...

Kürten (NRW): Schulschwänzen wird zum Unterrichtsfach

Dass das Narrenschiff Deutschland noch längst nicht seinen Zielhafen erreicht hat und noch zusätzlich Fahrt aufnimmt, hat nun eine [Gesamtschule im nordrhein-westfälischen Kürten](#) bei Köln bewiesen. Während Lehrer und Behörden zu Beginn der „Fridays for Future“-Bewegung noch zurecht darüber nachdachten, das verbotswidrige Schulschwänzen gemäß der geltenden Rechtslage zu sanktionieren, wird die Teilnahme beim Schulschwänzen – hier zur Demonstration am 14. Juni in Köln – mittels Elternbrief nun zur Pflicht erklärt:

Gesamtschule Kürten
Sekundarstufe I und II
Opener Str. 4
51515 Kürten
Kürten, d. 07.06.2019

Exkursion der Klassen 9A und 9C

Liebe Eltern und Erziehungsberechtigte,

im Rahmen des Kunstunterrichts zum Thema *Kann man mit Kunst die Welt verändern?* wollen sich viele Schülerinnen und Schüler der Stufe 9 für den Natur- und Klimaschutz einsetzen. Um ihr Engagement zu unterstützen, werden Frau [redacted] und ich gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der 9A und 9C am Freitag, den **14.06.2019** an der Schülerdemonstration **FRIDAYS FOR FUTURE** in Köln teilnehmen. Wir treffen uns morgens um **08:00** Uhr an der S-Bahn-Station Bergisch Gladbach, um von dort aus nach Köln zu fahren, wo die Demonstration in der Innenstadt stattfindet und bis ca. 13:30 Uhr dauern wird. Anschließend werden die Schüler und Schülerinnen zurück nach Bergisch-Gladbach begleitet, von wo aus jede/-r dann selbstständig nach Hause fährt. Beachten Sie bitte, dass eine schulische Exkursion verpflichtend für die teilnehmenden Schüler ist und ein Fernbleiben entschuldigt werden muss.

Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Exkursion!

Herzliche Grüße von der Kunstlehrerin der 9A und der 9C

[redacted]

Ich habe die Informationen zum Klassenausflug zur Kenntnis genommen und erlaube meinem Sohn/ meiner Tochter _____ (Name) die Teilnahme an der Demonstration FRIDAYS FOR FUTURE am 14.06.2019 in Köln.

Ort, Datum und Unterschrift

Der Elternbrief der Gesamtschule Kürten vom 7.

Juni 2019.

Bleibt noch zu erwähnen, dass das Elternpaar, bestehend aus Vater und Mutter (das bedarf ja heutzutage ausdrücklicher Erwähnung), das Vorgehen der Schulleitung und der verantwortlichen Lehrer zum Gegenstand einer [Dienstaufsichtsbeschwerde](#) gemacht hat.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Broders Spiegel: Politik ist Opium fürs Volk

Erinnern Sie sich noch daran, dass wir vor drei Wochen eine Wahl hatten, sogar eine „Schicksalswahl“ für Europa, wie zuvor stets betont wurde? Inzwischen ist es wieder beinahe egal, wer was gewählt hat. Die Spitzenpolitiker der EU-Staaten machen wieder das, was sie immer machen: Sie kugeln eine EU-Kommission aus, die auf ganz viele Quoten Rücksicht nimmt. Dazu braucht man in der Tat keine Wahlen. Früher hieß es noch, Religion sei Opium fürs Volk. Und heute?